IGM - Information

Infoblatt Nr. 1 des Gesamtbetriebsrates

Für die Beschäftigten der HDM Gruppe

Mai 2007

Verhandlungen ohne Ergebnis vertagt

Arbeitsplatzsicherheit nur bei deutlich erhöhter Arbeitszeit

Ausgehend von den Aussagen des Vorstandes der Heidelberger Druckmaschinen AG auf den letzten Betriebsversammlungen in Wiesloch/Walldorf und Heidelberg bzw. an allen Standorten kam es zu Gesprächen zwischen dem Gesamtbetriebsrat und der IG Metall auf der einen Seite und der Geschäftsleitung andererseits. Zur Erinnerung: Der Vorstand hatte den Betriebsrat und die IG Metall aufgefordert, über eine vorzeitige Fortsetzung des Zukunftssicherungstarifvertrages zu verhandeln.

Als Themen waren auf den Betriebsversammlungen die Erhöhung der tariflichen Arbeitszeit für alle Kolleginnen und Kollegen auf 38,5 Stunden in der Woche, die Abschaffung der Erholzeitpausen (Steinkühlerpause) für Beschäftigte in der Produktion, die Verrechnung von bis zu 2,79% aus ATZ mit der kommenden Tarifierhöhung und die generelle Fortsetzung des Zukunftssicherungstarifvertrages genannt worden.

IG Metall will Kündigungsschutz bis 2012

Von Seiten der IG Metall und des Betriebsrates wurde an diesen Betriebsversammlungen sehr deutlich gemacht, dass eine Fortsetzung des Zukunftssicherungstarifvertrages nur dann eine Möglichkeit wäre, wenn die Sicherung der Beschäftigung weit über die vermeintlich nächste Bran-

Die Mitglieder der Tarifkommission bei der Heidelberger Druckmaschinen AG trafen sich, um über die bisherigen Verhandlungen zu beraten

chenkrise hinausreichen und der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis ins Jahr 2012 vereinbart würde.

Auch wurde deutlich gemacht, dass die Erholzeitpause für die beschäftigten Kolleginnen und Kollegen nicht angetastet werden dürfe.

Die Geschäftsleitung der Heidelberger Druckmaschinen AG will den Zukunftssicherungstarifvertrag mit der IG Metall fortsetzen. Daran ist erst einmal nichts Ungewöhnliches. Jedoch sollen viele Punkte in diesem Vertrag zu Lasten der Beschäftigten verändert werden, und dies in einer Zeit, in der es den Heidelberger Druckmaschinen wirtschaftlich gut geht.

Geschäftsleitung will 38,5 Stunden-Woche

Die Erhöhung der tariflichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden in der Woche steht dabei ganz vorne. Ebenfalls sollen in diesem Zusammenhang die bisherigen Erholzeiten in der Produktion gestrichen werden. Da sich diese in den Vorgabezeiten befinden, bedeutet dies für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine Lohnkürzung oder Arbeitsverdichtung – Forderungen, die von Seiten der IG Metall und des Betriebsrates in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zurückgewiesen wurden.

Fortsetzung Rückseite

Erklärung der Tarifkommission aller deutschen Standorte:

Verhandlungen auf Messers Schneide

In den vergangenen Tagen hat unsere Verhandlungskommission die vom Arbeitgeber geforderten Gespräche mit den Unternehmensvertretern aufgenommen.

Unsere Absicht war es, zu einer vernünftigen von beiden Seiten tragbaren Lösung über eine Fortführung unseres bestehenden Zukunftssicherungstarifvertrages in Verbindung mit einer fairen Einführung von ERA zu kommen. Doch während den Verhandlungen mussten wir schnell feststellen, dass die Forderungen unseres Arbeitgebers uns gegenüber noch

weiter erhöht wurden. Unsere Forderungen, zu einer Gesamtlösung zu kommen, die inhaltliche Forderungen beider Seiten beinhaltet, wurden „schlicht und ergreifend“ ignoriert. Hierfür haben wir Arbeitnehmervertreter in der ausgesprochen guten wirtschaftlichen Situation absolut kein Verständnis! Vereinbarungen dürfen nicht nur einseitig die Arbeitnehmer belasten. Wir fordern den Vorstand auf, mit Vorschlägen an den Verhandlungstisch zu kommen, die das Wort „Zukunftssicherung“ verdienen.

Fortsetzung... Arbeitsplatzsicherheit nur bei deutlich erhöhter Arbeitszeit

Aus Sicht der Arbeitnehmervertreter macht eine Weiterführung des Zukunftssicherungsvertrages nur dann Sinn, wenn der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für einen mittelfristigen Zeitraum geregelt wird. Aus unserer Sicht wäre solch ein Zeitraum bis zum Jahr 2012. In unmittelbarem Zusammenhang dazu steht das Thema Verlagerungen. Outsourcing von verschiedenen Produkten muss aus Sicht der IG Metall und des Betriebsrates im Sinne des heutigen Zukunftssicherungstarifvertrages eingeschränkt bleiben. Es kommt entscheidend darauf an, die Arbeit an den jetzigen Standorten zu halten.

ERA Einführung darf kein Kosteneinsparprogramm sein

Ebenso umstritten ist die ERA Einführung bei den Heidelberger Druckmaschinen. Viele Vorschläge des Betriebsrates zur Bildung einer zukunftssträchtigen Struktur und Einstufung der Arbeitsplätze werden

von Unternehmensseite mit dem Argument der Steigerung von Lohn- und Gehaltskosten abgetan. Aus Sicht der Arbeitnehmervertreter gilt allerdings nach wie vor: Die Einführung des ERA Tarifvertrages soll und darf kein Kosteneinsparprogramm des Unternehmens sein, sondern soll die zukünftige Struktur der Wertigkeit aller Arbeitsplätze bei Heidelberg transparent abbilden. Im Übrigen hatten auch Vertreter des Unternehmens in den letzten beiden Betriebsversammlungen immer wieder betont, die ERA Einführung werde die bisherigen Beschäftigten nicht belasten.

Dies scheint allerdings vergessen, insbesondere, wenn man sich die Vorstellungen der Geschäftsleitung über ihre zukünftigen Verrechnungsmöglichkeiten vor Augen führt.

Aus Sicht der IG Metall und des Betriebsrates müsste das individuelle Risiko bei der ERA Einführung weiter abgesenkt werden. Bereits beim bestehenden Zukunftssicherungstarifvertrag wurde das Risiko für jeden Beschäftigten auf 5% halbiert. Bei

den bestehenden Forderungen der Arbeitgeber meinen wir, eine weitere Reduzierung auf unter 5% wäre richtig und fair. Der Vorstand ist auf diese Forderung bisher nicht eingegangen.

Lösungen dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen!

Viele Themen im Zukunftssicherungstarifvertrag müssen aus unserer Sicht fortgeschrieben werden: Sicherheit bei der Höhe zukünftiger Investitionen, Standortgarantien für die einzelnen Werke, Beschäftigungssicherheit für alle Kolleginnen und Kollegen, aber auch Themen wie Fortsetzung der Altersteilzeitregelung gehören hier dazu. Dass dafür auch Gegenleistungen gefordert werden, ist uns nicht unbekannt. Die Alternativen möglicher Lösungen liegen auf dem Tisch. Alle Themen sind angesprochen worden. Lösungen sind aus Sicht der Arbeitnehmervertreter möglich, aber diese müssen ausgewogen sein und dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen.